



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 18.07.2012

Pressemitteilung

Manfred Groh (CDU): Die Landesregierung streut den Menschen bei zweiter Rheinbrücke Sand in die Augen

Auf Drängen des CDU-Landtagsabgeordneter Manfred Groh hat sich der Landtag von Baden-Württemberg in seiner Sitzung am Mittwoch, 18. Juli 2012 mit der Arbeit der länderübergreifenden Arbeitsgruppe zum Bau einer zweiten Rheinbrücke beschäftigt. Der Raum Karlsruhe gehört zu den wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland. Die Verkehrsinfrastruktur wird dieser Tatsache aber mit Blick auf nur eine Rheinbrücke nicht gerecht. Die Landesregierung habe in einem parlamentarischen Antrag bestätigt, dass ihr keine vergleichbare Stadt oder vergleichbares Oberzentrum mit nur einer Brücke über den Rhein bekannt sei (Drucksache 15/639).

Manfred Groh hat in seiner Rede nochmals betont, dass täglich rund 17.870 Menschen über die Rheinbrücke pendeln. „Der Bau einer zweiten Rheinbrücke ist somit nicht nur ein Karlsruher, sondern vielmehr ein grenzüberschreitendes Thema. Die Belastungen für die Menschen sind gerade während der Bauarbeiten extrem. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass derzeit zwei von drei Rheinquerungen in der Region durch Baustellen nur mit Einschränkungen passiert werden können. Neben der Rheinbrücke Maxau gehört hierzu auch die Staustufe bei Iffezheim. Die Fahrtzeiten verlängern sich zu Stoßzeiten um mehr als eine Stunde. Zu allem Überfluss wurde bereits angekündigt, dass für die Erneuerung der Fahrbahnplatte auf der Rheinbrücke, diese für voraussichtlich neun Monate erneut halbseitig gesperrt werden muss. Hinzu kommen Vollsperrungen“, so der Karlsruher Landtagsabgeordnete.

Die Verkehrsexperten haben während des Faktenchecks im vergangenen November 2011 eindeutig die Notwendigkeit einer zweiten Rheinbrücke bestätigt. Hierzu gehörten auch die Vertreter des baden-württembergischen Verkehrsministeriums (MVI) und des Regierungspräsidiums Karlsruhe. Lediglich Frau Staatssekretärin Dr. Splett hat eine gänzlich andere Interpretation der Fakten präsentiert.

Die an den Faktencheck anknüpfende länderübergreifende Arbeitsgruppe ist von den Grünen in Baden-Württemberg aus der Taufe gehoben worden. Das MVI hat verlautbaren lassen, dass mit dieser Arbeitsgruppe noch offene Fragen geklärt werden sollen. Der zweifelhafte Nutzen wurde jetzt durch die Landesregierung bestätigt: Zum einen hat sie bekannt gegeben, dass sich die Arbeitsgruppe nicht für oder wider eine zweite Rheinbrücke positionieren wird (Drucksache 15/1764). Zum anderen ist zu hören, dass aus rheinland-pfälzischer Sicht die wesentlichen Fragen bereits durch den Faktencheck geklärt worden sind (Landtag von Rheinland-Pfalz, Drucksache 16/867). Insofern erhärtet sich der Verdacht der Verzögerung und Trickserei gegenüber dem MVI.

„Die Verzögerung des Erörterungstermins durch die Landesregierung geht einzig und allein auf die Grünen aus Baden-Württemberg und auf Frau Staatssekretärin Dr. Splett zurück. Dieses Verhalten lässt eindeutige Parallelen zu Stuttgart 21 erkennen. Zum einen beruft man sich auf eine breite ablehnende Haltung in der Bevölkerung. Zum anderen ist festzustellen, dass wenn den Grünen ein Ergebnis nicht passt, Dialogforen gegründet werden. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden. Doch darf auf diese Weise nicht versucht werden ein Projekt zu diskreditieren“, so Groh.

„Zwischen den beschwichtigenden Äußerungen von Frau Dr. Splett in der Öffentlichkeit und ihrem Handeln hinter den Kulissen, liegen Welten. Festzuhalten bleibt, dass Sie die zweite Rheinbrücke nicht will. Insofern bleibt abzuwarten, was sich das MVI für die Zukunft ausdenken wird, um das Verfahren zum Wohle Karlsruhes und der Region weiter zu verzögern. Bedauerlich ist, dass sich der Landtag heute mit seiner Regierungsmehrheit für den Änderungsantrag von grün-rot ausgesprochen hat. Die CDU hat diesen Antrag (Drucksache 15/2113) abgelehnt, weil abermals versucht wird der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen“, so Manfred Groh abschließend.